Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 /**

17. Wahlperiode Eingang: 08.11.2021

Antrag

der Abg. Alena Trauschel und Julia Goll u. a. FDP/DVP

Hasskriminalität gegen LSBTTIQ in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. in wie vielen Fällen es in Baden-Württemberg zu Hasskriminalität gegen LSBTTIQ Personen seit 2016 kam und wie diese erfasst werden (bitte Erkenntnisstand aufschlüsseln nach Jahren seit 2016);

2. ob sie plant, die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) im Bereich der Hasskriminalität gegenüber LSBTTIQ Personen zu überarbeiten, um detailliertere Erkenntnisse über die spezifischen Gefährdungen von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen zu erlangen;

3. wie sich die Aufklärungsquote im Verhältnis zu den erfassten Straftaten im Bereich der Hasskriminalität gegen LSBTTIQ Personen verhält;

4. welche Gründe sie vermutet, weshalb sich LSBTTIQ Personen bei Kriminalitätsbetroffenheit nicht an staatliche Behörden und Einrichtungen wenden;

5. welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift, um flächendeckend niedrigschwellige Ansprechstellen bei Polizei und Staatsanwaltschaft für Zeugen und Betroffene zu schaffen;

6. welche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung und Verfolgung von Hasskriminalität gegenüber LSBTTIQ Personen bei den Sicherheitsbehörden und Beamten der Justiz bestehen oder geplant sind;

7. inwieweit die beabsichtigten Maßnahmen bezüglich der Polizeiarbeit im Kapitel 3.5 („Schutz und Gleichstellung durch polizeiliche und justizielle Arbeit“) im 2013 – 2015 erstellten Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-Württemberg“ umgesetzt wurden bzw. in der Umsetzung begriffen sind;

8. mit welchen Maßnahmen die Landesregierung eine gesamtgesellschaftliche Prävention und Sensibilisierung gegen LSBTTIQ Hasskriminalität schaffen und eine dahingehende Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Projekten verbessern möchte;

9. welche Auswirkungen das dieses Jahr in Kraft getretene „Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ für die Verbesserung der Verfolgung solcher Straftaten gegen LSBTTIQ Personen durch die Polizei- und Justizbehörden in Baden-Württemberg hat.

08.11.2021

Trauschel, Goll, Haußmann, Dr. Kern, Birnstock, Bonath, Fischer, Haag, Dr. Jung, Reith FDP/DVP

B e g r ü n d u n g

Im Jahr 2020 wurden bundesweit insgesamt 782 Straftaten von Hasskriminalität gegen LSBTTIQ Personen registriert - darunter 154 Gewalttaten (144 Körperverletzungen). Das ist ein Anstieg von 36 % gegenüber 2019. Damit Präventionsmaßnahmen sinnvoll ausgestaltet werden können, braucht es genaue empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsform und Hintergrund sowie Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit Taten der Hasskriminalität. Hierzu besteht aktuell eine massive Informationslücke, die dringend geschlossen werden muss. Mit diesem Antrag soll ein erster Schritt in diese Richtung getan werden.